

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis durch Post bezogen monatlich 750 M., bei in der Stadt für Wähler monatlich 730 M., sonst monatlich 700 M. (ohne Postgebühren). Erscheint wöchentlich nachmittags, Einzelnummer 30 M., Sonnabends 40 M. Alle Briefe freibleibend. Postfachnummer: Leipzig Nr. 26 654. Geschäftsstelle: Bäckerstraße 4, für unerbetene Zusendungen wird f. Genähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Baly

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 4.

Freitag, den 5. Januar 1923.

163. Jahrgang.

Die Konferenz abgebrochen.

Einmarschdrohungen. — Erklärung der Reichsregierung.

Keine Einigung möglich.

Die Pariser Konferenz ist abgebrochen worden, weil kein Ergebnis erzielt werden konnte. In der Vorkonferenz haben sowohl Poincaré wie Bonar Law Erklärungen abgegeben, daß zwischen dem englischen und französischen Standpunkt in der Reparationsfrage eine Einigung nicht möglich sei. Die englische Delegation will am Freitag bereits nach London zurück, während Poincaré, Delagar und Jassier am Freitag vormittag noch einmal zu einer Besprechung zusammentraten, der man aber lediglich formale Bedeutung beimißt. Neber den Verlauf der Sitzung wird noch am Donnerstagabend ein amtliches Kommuniqué erwartet.

Offizielle Erklärungen.

Nach Schluß der Konferenz haben die englische sowie die französische Abordnung offizielle Erklärungen aus. Die englische Erklärung lautet:

„Die Regierung Seiner Majestät hat mit der größten Aufmerksamkeit die französischen Vorschläge geprüft. Sie ist jedoch zu dem Erkenntnis gekommen, daß diese Vorschläge, falls sie erfüllt werden, nicht nur die ermittelten Entschädigungen nicht erreichen werden, sondern überdies ernste und sehr verhängnisvolle Folgen für die wirtschaftliche Lage Europas haben müßten. Unter diesen Umständen kann die englische Regierung sich diesen Vorschlägen nicht anschließen und keine Verantwortung in dieser Frage übernehmen. Gleichzeitig legt die englische Regierung Wert darauf, der französischen Regierung zu versichern, daß sie mit dem größten Bedauern über den unvereinbaren Gegenstand der beiderseitigen Meinungen, die Verhandlungen der Freundschaft aufrechterhalten, und daß sie überzeugt ist, daß auch das englische Volk gegenüber der Regierung und dem Volke Frankreichs unverändert ihre freundlichen Gefühle (?) bewahren werden.“

französische Erklärung

„Die französische Regierung hat ihrerseits aufmerksam und sehr genau die englischen Vorschläge geprüft. Sie mußte, je länger sie diskutierten, umso mehr erkennen, daß sie eine vollständige Umwälzung des Versailler Vertrages enthalten, und daß es der französischen Regierung deshalb unmöglich ist, solche Lösungen anzunehmen. Die französische Regierung betrachtet lebhaft, daß sie mit der englischen Regierung in dieser ersten Phase zu keiner Einigung kommen konnte und sie dankt der englischen Regierung für ihre freundlichen Erklärungen und kann ihr die Versicherung geben, daß trotz dieser Unterschiede der Auffassungen die Gefinnung der französischen Regierung und des französischen Volkes gegen England unverändert herzlich (?) bleiben wird.“

Abgebrochen! Darauf waren wir gefaßt. Wir können nicht sagen, daß wir um eine Enttäuschung reicher, um eine Hoffnung ärmer wären. Es war schon bei Beginn der Konferenz vorzusaufen, daß über die in ihren Grundlagen schon so verschiedenen Reparationsvorschläge keine Einigung möglich war. Auch dann nicht, wenn es sich, wie hier, um Waffenbrüder handelt. Man ist nicht einmal dazu gekommen, den deutschen Vorschlag auch nur anzusehen. Er hätte ohnehin keine Aussicht auf ernste Beratung gehabt. Die jetzt wieder mit frischer Deutlichkeit zutage tretende Erbfeindschaft Frankreichs hätte allen Deutschen die Augen öffnen. Es gibt nur eines, das uns von der Illusion Poincarés retten kann. Nicht Amerika, nicht England, und nicht irgendwelches esoterisches Weltreich, die Reparationen auf ein vernünftiges Maß herabzumindern, können uns helfen. Deutschland selbst muß der Welt zeigen, daß es nicht gelassen ist, sich erdrücken zu lassen. Dafür ist es notwendig, sich zu einem Willen und Willen zusammenzuschließen. Wenn ein 60-Millionen-Volk in nationaler Selbstbehauptung dahinstirbt, wird selbst Poincaré und noch ein Unbehagen empfinden.

Eine Erklärung der Reichsregierung.

Berlin, 5. Januar. Amtlich wird folgende Erklärung verbreitet:

„Nach dem am Donnerstag Abend hier eingetroffenen Nachrichten ist die Pariser Konferenz ergebnislos verlaufen. Es hat sich herausgestellt, daß die auf der Konferenz vertretene Ansicht nicht einmal dem englischen Reparationsplan, der eine Gesamtsumme Deutschlands mit einem Gegen-

wertwert von nahezu vierzig Milliarden Goldmark vorlag — eine Summe, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands bei weitem überschritten hätte — ihre Zustimmung erteilen wollten. Die Konferenz ist nicht nur in Deutschland, sondern von den Einsichtigen aller Länder begrüßt worden, in der Hoffnung, daß endlich, vier Jahre nach Beendigung des Krieges, das Reparationsproblem eine ausführende Lösung finden und daß Deutschland mit ganz Europa aus dem wirtschaftlichen Chaos, in das es durch eine politische Schandtat dieses rein wirtschaftlichen Themas geführt worden ist, herausgebracht werden könnte. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die deutsche Regierung hat in ersten Besprechungen mit maßgebenden Faktoren der deutschen Wirtschaft eine eingehende Untersuchung über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands angeleitet und das Ergebnis in Vorschlägen, die bis an die äußerste Grenze dieser so festgestellten Leistungsfähigkeit gingen, niedergelegt. Sie hat an die Konferenz das Entschlossene gerichtet, diese Vorschläge entgegenzunehmen und durch einen Besonderen Entwurf zu lassen. Deutschland ist nicht geblieben, obwohl es nach dem Friedensvertrag den Anspruch darauf hat, seine Vorschläge sind in Paris nicht einmal entgegengenommen worden, während auf der unter dem Vorherrscher Bonar Law tagenden Londoner Konferenz die deutschen Vorschläge wenigstens in Empfang genommen und geprüft worden sind. Die deutsche Regierung hat anfangs der Ablehnung, die in Paris schon der englische Reparationsplan gefunden hat, davon abgesehen, ihre Vorschläge, die unter diesen Umständen keine Aussicht auf Berücksichtigung haben konnten, der Konferenz unangefordert zur Kenntnis zu bringen. Trotz dieser neuen Enttäuschung hält die Regierung an der Überzeugung fest, daß nur eine vernünftige und für Deutschland tragbare Lösung der Reparationsfrage Europa vor dem sonst unvermeidlichen Ruin bewahren kann. Sie wird sich von dem Wege, wie er durch die Note vom 14. November und die darauf folgenden Erklärungen vorgeschrieben und wie er vom Reichstage gebilligt worden ist, nicht abbringen lassen.“

Die Berliner Presse zum Abbruch der Konferenz.

In der Berliner Presse findet der Abbruch der Pariser Konferenz einen außerordentlich starken Widerhall. Fast sämtliche Blätter betonen die Notwendigkeit, daß die Zusammenstellung aller in ihnen erschienenen, die völlige nationale Selbstbehauptung und die Entschlossenheit, unangenehm zu tragen, die Parole der Stunde ist. Die rechten Forderungen die Strenge zu bieten und die Folgen Das „Berl. Tagebl.“ meint, daß die Konferenz gescheitert ist an dem unvereinbaren Gegensatz zwischen der wirtschaftlich-finanziellen Auffassung der Reparationsfrage durch England und Amerika und ihrer militärisch-politischen Auslegung durch Frankreich. — Der „Berl. Lokal-Anz.“ schreibt u. a.: Wenn nicht so etwas wie ein Wunder geschähe, wird also aller Wahrscheinlichkeit nach freudige Bewilligung auszugehen werden. „Der Tag“ urteilt: Frankreich hat nun seine langjährige Verhandlungsfrist über und wird nicht können, von ihr Gebrauch zu machen. Wir werden die leidtragenden sein und voller Bitternis zusehen müssen, wie sich England und Amerika mehr und mehr zurückziehen und für sich zu retten suchen, was zu retten ist. — Die „D. A. Z.“ betont: Zeit ist die Stunde gekommen, wo die deutsche Regierung ihr Angebot veröffentlichen muß. Schluß endlich mit der politischen Indolenz, mit dem Abwarten, was andere Leute über uns beschließen werden, mit jener verhängnisvollen Passivität, die keinem Kabinett schlechter steht als dem Kabinett Cuno. — Der „Vorwärts“ bepricht ausführlich die Reichsfrage und kommt zu dem Schluß: Aufgabe des deutschen Volkes und seiner Regierung ist es, die wahrscheinlich außerordentlich schwierige Aufgabe dieser Tage klar zu überwinden und jede sich bietende Gelegenheit zu ergreifen, um eine vielleicht noch mögliche Besserung der Situation herbeizuführen. Die völlige „Deutsche Zeitung“ gibt folgendes optimistische Urteil ab: Für uns ist der Konferenzabbruch sehr erfreulich. Weltfremde Radikale, wie das Zinsen der Mark, bleiben nur eine vorübergehende Erscheinung. Unser politisches Machtansehen kann nur wachsen und hierfür sind wir Herrn Poincaré sehr dankbar.

Anzeigenpreis Der Spaltenbreite Millimeter Zeitraum 25 M., 120 M. Die laufende Monatsabgabe wird von Bezahler auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 75 M. in Zahlung genommen. Ziffergebühren 30 M. Worts besonders. Alle Briefe freibleibend. Anzeigen in 10 u. 11 u. vormittags 10 Uhr. Beginnnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Die Wahrheit über die „produktiven“ Pfänder.

Das Reparationsprogramm Poincarés ist nun bekannt. Es ist verheerender, als der größte Schmarotzer erdachte. Aus den Pfändern an Kohlen, Holz, an Kohlensteuer, Ausfuhrabgaben und Zinsen soll eine Milliarde Goldmark herausgeholt werden, davon der größte Teil in ausländischer Debiten. Das würde, kurz gesagt, den Zusammenbruch der gesamten deutschen Wirtschaft bedeuten. Poincaré weiß das voraus und hat seine Sanktionspläne, falls die deutsche Regierung die Forderungen nicht erfüllt, danach eingerichtet: 1. Militärische Besetzung der Bezirke von Essen und Bochum und des von Marschall Koch näher bestimmten Teiles des Ruhrgebietes; 2. Errichtung einer Zolllinie östlich des gesamten besetzten Gebietes. Also Verarmung des noch lebensfähigen westlichen Teiles von dem zusammenbrechenden Restdeutschland. Das ist nichts anderes als ein vorläufiger Mordversuch an Deutschland. Denn diese französischen Forderungen können unmöglich alle erfüllt werden, Poincaré weiß das und will das. Poincaré weiß auch, daß bei Durchführung dieses Planes niemals eine Milliarde Goldmark herauskommen wird. Er weiß, daß all die Millionen und Tausende die sich daraus ergeben werden, alle Millionen Goldmark verfallenen müssen. Er weiß, daß für die Reparationen und den Wiederaufbau nichts genommen wird. Zur Durchführung der Beschlüsse und Kontrollpläne wird es eines Heeres von Beamten und Kommissionen bedürfen. Jede Kommission braucht natürlich militärischen Schutz gegenüber einer „widerpenigen“ Bevölkerung, gegenüber widerpenigen deutschen Beamten und eines zweifachen einseitigen der höchsten Widerstandes. Das kommt in dem Satz zum Ausdruck: das von der französischen Regierung ausgearbeitete Programm „versucht“ soviel wie möglich jede militärische Besetzung zu vermeiden.“

Die Welt hat ja ein Beispiel dafür, was die Entsendung von französischen Ingenieuren, Zollbeamten und Kommissionen bedeutet, und zwar im Saargebiet. Auch dort „begünstigt“ man sich mit der Entsendung von Ingenieuren und Zollwägern. Obwohl das Land rechtlich unter den Schutz des Völkerbundes gestellt wurde, gab man diesen Ingenieuren und Beamten eine freigelegte Division mit Panzerwagen und Flugzeuggeschwadern mit. Die Bergwerksbetriebe wurden reorganisiert. Die Belegschaftsziffer stieg von 40 000 1913 auf 73 000 1921, die Zahl der Arbeiter von 91 auf mehr als das Vierfache auf 388. Die Förderer liefen aber fast von 14 Millionen Tonnen auf 9,5 Millionen Tonnen. Man glaubte man aber nicht, daß in dieser Zahl der höheren Beamten der ganze Apparat erfasst sei. Fast jedem ist noch ein Detektiv und ein Dolmetscher beigegeben. Wie mit der Zahl der oberen Beamten, so ist es auch mit der Zahl der mittleren und unteren Beamten. Unter der preislichen Verwaltung genigten der Bergwerksdirektion drei Autos und drei Pferdegeschosse für die Personenerhebung, heute reichen nicht 100 Autos. Sogar die französische Presse klagt bitter über die Mißwirtschaft dieser organisierten Schmarotzer. Für die militärischen Schutze dieser Schmarotzer mußte das französische Staatsbudget allein 50 Millionen Frank zur Verfügung stellen. Auf 70 000 deutsche Bergarbeiter kommen 10 000 französische Soldaten. Wieviel Soldaten würden im Aufgebote notwendig sein, um die französischen Kontrollorgane, Zollbeamten und Ingenieure zu beschützen! Was würde erst übrig bleiben, wenn Frankreich im Falle der Wiedererfüllung (der unvernünftigen!) neben den Bezirken von Essen und Bochum noch den „von Marschall Koch näher bestimmten Teil“ des Ruhrgebietes besetzen würde! Welche Kosten würden die „Maßnahmen“ verursachen, in den Staats- und kommunalwärtigen der besetzten Gebiete Holzschläger durchzuführen zu lassen! Welche eine Verhäufung und welche einen Ausbau müßte die Rheinlandschiffahrt erfahren, um alle notwendigen „Erdmangern“, alle notwendigen Kontrollen und Reaktionen durchzuführen zu können! Was würde die Errichtung einer Zolllinie östlich des gesamten besetzten Gebietes, also einschließend des Ruhrgebietes, an Millionen Mark verschlingen. Was Mühen die „produktiven“ Pfänder Frankreich und den übrigen Alliierten überhaupt helfen, wenn nach dem Willen der französischen Regierung die Nichterfüllung des Versailler Vertrages einen Aufbruch der Räumungsarbeiten für das besetzte Gebiet in der Vergangenheit zur Folge hätte! Die Besetzungen und Kommissionen verschlingen in dem heutigen Umfang schon mehr als die Zahlen können, sie verschlingen mehr als der Beamtenapparat und die Staatsbetriebe des gesamten Deutschen Reiches.

Beilage zu Nr. 4 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 5. Januar 1923

Bemerkungen und Brotpreis.

Die ziemlich lakonische B. L. B.-Redung über die Verhandlungen, welche die Gewerkschaften neuerdings mit der Reichsregierung führten, brachte die Mitteilung von der Forderung, daß die Regierung dafür sorgen solle, daß auch die Privatbetriebe — ebenso wie das für die staatlichen Betriebe annehmend zugestimmt wurde — bei den Lohnverhandlungen dem nachgehenden gestiegenen Brotpreis Nachsicht tragen. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß eine betriebl. Berücksichtigung steigender Preise für wichtige Lebensmittel bislang immer erfolgt und eine Anrechnung kommenden, also noch nicht tatsächlicher Ausgabener ein wirtschaftliches Hindernis ist, erscheint uns ein Gesichtspunkt doch ganz besonderer Bedeutung wert. Gehört auf ihre durch die Mißstellung der vereinigten sozialdemokratischen Parteien, welche ja jetzt eine Verantwortung an der Regierung mehr tragen, gesteigerte Macht fordern hier die Gewerkschaften für ihre Angehörigen eine gesonderte Behandlung, die ihnen allein, nicht aber den von der Brotpreisverhöhung doch in gleicher Weise betroffenen übrigen Teilen der Bevölkerung zugute kommen soll. Wenn auch die Arbeiter und Angestellten namentlich dann einen erheblichen Teil der Bevölkerung ausmachen, wenn man ihnen — in durchaus richtiger Weise — die Zahl ihrer Angehörigen hinzurechnet, so bleiben doch etwa 2/3 des Volkes übrig, die durch die Arbeiter usw. jetzt gesteigerte Aufbesserung des Einkommens nicht berührt werden und zum großen Teil nach der zur Zeit bestehenden Verfassung nicht einmal zum Bezug von Marktenbrot berechtigt, also gezwungen sind, das noch erheblich teurere marktenfreie Brot zu kaufen. Wieder soll die Aktion der Gewerkschaften auf Kosten des Mittelstandes gehen. Denn dieser geht, wie schon so oft, leer aus. Er trägt die vollen Lasten unserer schlechtesten wirtschaftlichen Gesamtlage, während die Gewerkschaften es versuchen, ihre Angehörigen von allem dem freizuhalten, was gemeinhin zu tragen nun einmal deutsches Schicksal ist. Man wird also nicht umhin können, in dieser ungleichen Behandlung von Fragen, die alle in gleicher Weise angehen, eine schwere Ungerechtigkeit zu erblicken. Namentlich aber erscheint die neue Aktion der Gewerkschaften deshalb bedenklich, weil sie wieder den Mittelstand leer ausgehen läßt, der zwar nicht laut und auf der Straße für seine Lebensnotwendigkeiten eintritt, der darum aber nicht minder schwer leidet und dessen Existenz mit jeder Erhöhung der Lebenskosten erheblich mehr in Frage gestellt wird, als das bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten, staatlichen sowohl wie denen der Privatwirtschaft, jemals der Fall gewesen ist. Wir hoffen, daß das „Kabinett der Arbeit“, das über den Parteien stehen will, sich bei seinen kommenden folgerichtigeren Entscheidungen auch in dieser Frage nur von rein sachlichen Gesichtspunkten leiten läßt und das Interesse des gesamten Volkes berücksichtigt.

Die Ueberflüssigenpause.

Von Mitte Dezember bis Mitte Januar sollen in den Kohlenrevieren keine Ueberflüssigen verfahren werden. Die Folge hiervon wird sein, daß die Förderungsstärken von Dezember und Januar selbst gegenüber den bestehenden Mitteln der ersten drei Ueberflüssigen-Monate September bis November 1922 einen Rückgang erfahren werden. Das ist kein sympathischer Ausfall für die nächste Zeit, die unbedingt eine Steigerung der Produktion bringen muß, wenn die Aktion zur Stabilisierung der Marktverhältnisse und das Gelingen soll, was unsere Lage zu helfen geeignet ist. An sich ist es verständlich, daß in der Weihnachts- und Neujahreszeit eine außerordentliche Arbeitsleistung in Aussicht kommt. Die heutigen ersten Zeiten dagegen zwingen doch zu einer anderen Betrachtung der Dinge. Sollte die Kohlenarbeiterfront das Bedürfnis verspüren, die Feiertage über sich weniger anzukümmern, so wäre eine 10- bis 14-tägige Pause in der Ableistung von Ueberflüssigen allenfalls zu billigen gewesen. Die einmonatige Ueberflüssigenpause hat jedoch andere Gründe. In der großen Reichstagsansprache über das Programm des Kabinetts Cuno hat der sozialdemokratische Redner Dr. Breisig die Ueberflüssigenpause erklärt, daß am Neujahrsabend nicht gerührt werden dürfe. Die Kommunisten weisen den Sozialdemokraten vor, sie seien nicht ganz zuverlässig in der Verteidigung des Neujahrsabends. Die Einstellung der Ueberflüssigen am Bergbau für 4 Wochen soll augenblicklich den Beweis erbringen, daß die sozialdemokratische Partei und der auf ihrem Boden stehende Alte Bergarbeiter-Berband doch für den Neujahrsabend eine Pause zu brechen bereit sind.

Entscheidend als die Tatsache, daß vier Wochen lang eine Winderzeugung an Kohlen stattfinden wird, ist die Feststellung, wie wenig unser Volk den Ernst der Lage zu erkennen fähig ist. Die Behauptung, der Arbeitszustand der Bergarbeiter sei nicht die ununterbrochene Ableistung von Ueberflüssigen, ist mit den ersten Monaten 1922 sind die Einkünfte eines Bauers mit Frau und drei Kindern ziemlich genau entsprechend der Geldentwertung gestiegen. Erst bei der dann folgenden gemäßigten Teuerung blieben die Löhne ein wenig im Rückstand. Das sollte aber die Vergleiche gerade veranlassen, in der Ableistung von Ueberflüssigen ein 2. Paule einzutreten zu lassen. Gegen die einmonatige Pause in der Ableistung von Ueberflüssigen sprechen also gleichmaßen privatwirtschaftliche Gründe der Bergarbeiterfront wie volkswirtschaftliche Gründe des deutschen Reiches. Die Produktionssteigerung kann mit Erfolg nur bei den „Schlafgebern“ einsetzen, das wichtigste Schlafmittelgewerbe aber ist der Bergbau. In ihm ist es möglich, die Leistung mit sofortiger Wirkung zu steigern, während in einem anderen Schlafgegewerbe, dem Landbau, eine planmäßige angelegte Mehrproduktion erst bei der Witterung seinen Strich durch die Rechnung macht. Wenn nicht alles täuscht, so werden sich die Arbeitslosen der Bergleute in den anderen Gewerben mit dem Beschluß befassen, daß 4 Wochen lang das Ueberflüssigen-

abkommen zu ruhen hat. Die Folge einer weiter rückgängigen Kohlenproduktion kann nämlich nur sein: Kohlenmangel in wichtigen Industriezweigen und Wegfall eines wichtigen Faktors, gegen welches wir unentbehrliche Auslandsrohstoffe und Nahrungsmittel eintauschen könnten.

Politische Rundschau Die Irene der früheren farbigen Untertanen Deutschlands.

Dem englischen Drama des „butch in the world“ ließen die deutschen Kolonien in Afrika und Ozeanien in der den Strich. Sie führten nicht nur Großbritanniens unbedingte Herrschaft in der Uebersee, sondern auch sein Streben, die Uäden zwischen den englischen Weltbesitzungen auszufüllen, um keinen geschlossenen Landbesitz (Kontinent) herzustellen. Dabei behandelte für die englische Politik nicht der geringste Zweifel, daß der Weltkrieg nur mit der Eroberung Deutschlands an Kolonialbesitz enden dürfte. Traditionsgemäß bekommt aber jede Maßregel englischer Expansion ein moralisches oder religiöses Mäntelchen angehängen. Und so erkannte man 1919 auf der „Friedens“-Konferenz in Paris die berühmte Äußerung von der „deutschen Unfähigkeit zur Vermaltung von Kolonien“, um einen Rechts-titel für den Raub zu haben. Annähernd vier Jahre sind seitdem vergangen, die neuen Herren haben inzwischen die ehemaligen deutschen Ueberflüssigen in ihre angeblich bessere und weisere Verwaltung übernommen. Aber klagen der Eingeborenen, deren, die am zuverlässigsten das „neue Regime“ bewerten können, sind bereits ungeduldig nach Europa herübergedrungen, haben sogar den notorisch schwärzigen Völkerverbund in Oest im Oktober beauftragt. Viele Be-weise der Anhänglichkeit der Farbigen an ihre verlassenen „Zwingherren“ sind heute dem deutschen Volk ebenfalls unbekannt wie die Entente. Soeben ließen die ehemaligen farbigen Beamten des früheren Gouvernements Togo einen neuen Beweis ihrer Irene und Sympathie für ihre gewesenen deutschen Vorgesetzten. Im „Damburger Fremdenblatt“ lesen wir:

Nachruf!

Ich erlaube mir im Namen der sämtlichen früheren farbigen Beamten bei dem Kaiserlich Deutschen Gouvernment von Togo aus Anlaß des in treuester Pflichterfüllung für das liebe deutsche Vaterland und die Kaiserkolonie Togo in dem großen, unheilvollen Kriege erlittenen Selbsttodes sämtlicher Herren Distrikte und Beamten, sowie des Herrn Geheimen Reg.-Rates Hans Georg von Doering, unbeschäftigt zu Hause in Deutschland, nachträglich ein herzlichliches Beileid zum Ausdruck zu bringen.

Wir werden Ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.
Johann Kanyi,
Erster Kanlist a. D. beim Kaiserlich Deutschen Gouvernment
in Togo.
J. St. Quittlab (Goldfäße), im Dezember 1922.

„Schwarz-weiß-rot“

Unter den politisch rechts stehenden Beamten waren Zweifel darüber entstanden, ob sie nach Antritt der Beamten über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik sich an den Beratungen des in Wien gegründeten Reichsbundes „Schwarz-weiß-rot“ beteiligen dürfen. Um die Beamten bei der derzeit herrschenden Rechtsunsicherheit vor Unannehmlichkeiten zu bewahren, hat Reichstagsabgeordneter Degler am 1. August unter Zurücklegung seiner eigenen Auffassung den Reichsminister des Innern, Dr. Köster, um Stellungnahme zu dieser Frage er sucht. Dieser antwortete am 26. August, daß ihm weder die Sitzungen noch die Art der Bestätigung des Reichsbundes „Schwarz-weiß-rot“ bekannt seien. Am 16. September über sandte Abg. Degler dem Reichsminister des Innern die Sitzungen mit dem Bemerkung, daß sie nach Angabe der Hauptgeschäftsstelle des Reichsbundes bereits im Juni vorgelegt worden seien. Hierauf erhielt Abg. Degler am 27. Oktober den Befehl, daß die Sitzungen seinerzeit nicht eingegangen seien. Die Einsicht in die Sitzungen genüge nicht zur Beantwortung der gestellten Frage. Der Minister habe sich mit der sächsischen und preussischen Regierung in Verbindung gesetzt; von Letzterer sei noch keine Antwort eingegangen. Am 11. Dezember erinnerte Abg. Degler an die Erklärung seiner Anfrage und erhielt unter dem 14. Dezember folgenden ein gültigen Befehl.

„Der am 19. Januar 1922 in Wien gegründete Reichsbund „Schwarz-weiß-rot“ hat nach seiner Satzung nur das verfassungsmäßig zulässige Ziel, einen Volksentscheid über die Wiedereinführung der alten Reichsfarben „Schwarz-weiß-rot“ herbeizuführen. Er will nach seiner Satzung seiner politischen Partei dienen; Parteipolitik soll innerhalb des Bundes ausgeschlossen sein; der Bund soll sich nach erfolgtem Volksentscheid auflösen. Sofern die tatsächliche Verwirklichung des Bundes sich innerhalb dieser in seiner Verfassung festgelegten verfassungsmäßig zulässigen Ziele hält, machen sich Reichs-, Landes- und Gemeindebeamte keiner Gesetzwidrigkeit schuldig, wenn sie dem Reichsbund beitreten und außerhalb ihres Dienstes Mitglieder für den Verein zu werden und den Verein bei der Sammlung von Unterschriften für einen Antrag auf Volksentscheid unterstützen.“

Maximilian Hardens Anklagerede.

Berlin, 4. Jan. Aufgefordert vom Schutzbund Deutscher Schriftsteller, sprach am Mittwoch abends 10½ Uhr im Großen Schauspielhaus Maximilian Harden über den wegen seines Antisemitismus geführten Prozeß. In mehr als 1½ stündiger Rede polemisierte er scharf gegen die Art der Prozeßführung, entrollte noch einmal die besamten Vorwürfe von der Vorbereitung der Tat an bis zum Urteilspruch und kritisierte besonders das Verhalten des in einem Schwurgericht unumhüllbar herrschenden Vorsitzenden. Das ganz unglaubliche Urteil sei im kaiserlichen Deutschland unmöglich gewesen und Schimmer des Bösen man schon nicht sagen. Die Verurteilung, deren Antrag dem Schutzbund Deutscher Schriftsteller zustieß, stand unter starkem politischen Schutz, verlief jedoch völlig ruhig.

In der Äußerung des Vorsitzenden der Gerichtsverhandlung, mit der Arbeit Herrn Hardens seien wohl wertvolle Kreise des deutschen Volkes nicht einverstanden, worauf Harden wutentbrannt den Saal verließ, denkt man mit einem glücklichen Schicksal zurück. Wer die schriftstellerliche Tätigkeit Harden-Wirkens in seiner „Zukunft“ verfolgt hat, weiß, daß es ihm nicht darauf ankam, Kritik zur Ver-

besserung der politischen Lage zu üben, sondern durch Originalität und Abstraktheit sich selbst gehäbig herauszubreiten. Was ihm ja auch durch die Selbstgläubigkeit und Unflexibilität vieler Decker, die Gedrucktes einfach für wahr hinnehmen, beinahe gelungen ist. Harden schwimmt jetzt wieder obenauf und diese seiner verheißenden Erfolge werden wir wohl noch über uns ergehen lassen müssen.

Eine zweite „Lusitania“

Am 17. d. M. ist der französische Hospitaldampfer „Lusitania“ auf der Fahrt nach den Dardanellen in Höhe von San Stefano verbrannt, wovon die deutsche Presse nur (kurz Notiz) genommen hat. Anwesend sind in den französischen Blättern eingehende Schilderungen des Unglücks erschienen, die es wohl der Mühe wert erscheinen lassen, auf diesen jüngsten Unfall der französischen Flotte noch einmal zurückzukommen. In aller Hermslichkeit stellt die französische Berichterstattung nämlich fest, daß dieser unter der französischen Kriegsflotte fahrende Hospitaldampfer wieder einmal als Truppentransportdampfer gebient hat — er beförderte eine Kompanie Senegalener — und ferner, daß er mit Artilleriemunition beladen war. Die großen Verluste bei den Rettungsarbeiten sind dadurch entstanden, daß die eigenen Rettungsboote des „Lusitania“ von den Munitionsexplosionen auf dem brennenden Wrack vernichtet wurden. Die Rettungsboote eines amerikanischen und eines englischen Torpedobootsrettores kamen nicht in die Nähe des sinkenden Schiffes, weil die fortwährend plagenden Granaten die Besatzung in Lebensgefahr brachten. Schließlich wurde das Wrack durch seinen Unfall gesprengt, ehe es gelang, den Dampfer abzuschleppen. Das Wrack alles in der untersten Selbstverständlichkeit berichtet, wie es sich unter der Flagge des roten Kreuzesgetragen hat. Wahrscheinlich hatte der „Lusitania“ alle die nötigen Truppentransport- und Granatentransporteinrichtungen noch vom Kriege her an Bord, als man es für selbstverständlich hielt, unter dem gleichzeitigen Schutz der Artillerie über die „verächtlichen Wägen“ Truppen- und Artillerietransporte durch das rote Kreuz zu deden. Die liebe Gsmönheit ist der „ritterlichen Nation“ so ganz im Fleisch und Blut übergegangen, daß sie schon gar nichts mehr dabei findet, ihre eigene Schande ausföhrlich zu berichten.

Oesterreichs Finanzschwierigkeiten.

Da die Beschaffung eines Vorjuchses auf die Wölfel-Bundsaule infolge der unklaren internationalen Lage auf Schwierigkeiten stößt, hat die Regierung den als teilweise Unterlage für diesen Vorjuch bestimmten Restanteil am Liquidationserlös der Oesterreich-ungarischen Bank von den Wiener Banken sich beschaffen lassen. Von den 15 Millionen Goldkronen, die die Regierung unter diesem Titel noch gut hat, werden auf diese Weise vorläufig 8 Millionen Goldkronen liquidiert. Damit ist der Geldbedarf der Regierung jedoch für kaum zwei Wochen gedeckt. In dieser Zeit müssen sich die Ausföhrer auf den erwähnten Vorjuch fassen.

Keine Stefan Friedrichs nach Rom.

Freiburg, 3. Jan. Aus Budapest wird gemeldet: Der Führer der ungarischen Faschisten, der gemessene Ministerpräsident Stefan Friedrichs, der auf der konstituierenden Versammlung des ungarischen Faschistenbundes das Schlingwort von der Wiedereinführung der alten Wagab-Hannibals ausgab, reist am 20. Januar nach Rom und von dort nach Konstantinopel bzw. Angora. Er reist mit 6 bis 8 Begleitern, die in den türkischen politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten bewandert sind. Sein Aufenthalt

dürfte ein längerer sein; gegebenenfalls dürfte er sich auf ein halbes Jahr erstrecken. In Verbindung mit seiner Italien-Reise machte gestern Stefan Friedrichs beim Budapestertalientischen Gesandten einen längeren Besuch.

Die Engländer vom Wölfelbunde abgewiesen.

Wien, 3. Jan. Der Wölfelbund hat zu der Forderung des Egerlandes auf Anerkennung seiner Sonderrechte inföhrer Stellung genommen, als er auf Grund seines Statuts es ablehnte, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Das Egerländer Moratorium wurde inföhrgefallen ad acta gelegt.

Bunte Zeitung

Wo man den Punsch zuerst braute.

Auch der Punsch, ohne den man sich heute eine Jahresfeier nicht mehr denken kann, hat sich zuerst durchsetzen müssen. Er hat eine lange Geschichte der Entdeckung. Nach neueren Feststellungen wurde der erste Punsch in Gm dem gebraut. Wie die Chronik berichtet, soll dieser Punsch auf das Jahr 1720 zurückgehen. Aber Emben scheint auch nur die erste Stadt in Deutschland gewesen zu sein, wo man das Brauen des Punsch verlor, denn früher noch hat man in England den Punsch gekannt. Es heißt, daß zur Zeit Oliver Cromwells (1644-1658) sich die Engländer an einem heißen Getränk labten. Und nach dem erhaltenen Beschreibung ist anzunehmen, daß es Punsch gewesen ist, der dort getrunken wurde. Erst als nach der Äre Cromwells vom 3. Oktober 1651 die englischen Seeleute unumgänglich die norddeutsche Küste anfahren durften, fragten sie hierher auch die Sitte mit, Punsch zu brauen und zu trinken. In dessen auch in England ist diese Sitte erst eingeföhrt worden. Zur Zeit der Äbrigen Elisabeth, als der heldenmütige Schönheitsstall des „mercy of England“ noch lebte, war sie dort völlig unbekannt. Man vermutete nicht mit Unrecht, daß die englischen Seeleute den Punsch aus Indien mitbrachten. Dafür spricht zunächst die Tatsache, daß das Wort „Punsch“ identisch ist mit dem indischen „panch“. Der richtige Punsch setzt sich nun aus fünf Dingen zusammen: Aus Wasser, Tee, Arrak, Zucker und Zitronen. Dieser Art war auch das Rezept, das in Emben vor mehr als hundert Jahren in einer alten Truhe gefunden worden ist. Die Truhe gehörte einem Hanseaten und trug die Jahreszahl 1720. Es dürfte sich hier demnach um das älteste Punschrezept in Deutschland handeln. Indeföhr hat der Punsch nun nicht von Emben aus seinen Weg durch Deutschland genommen. Die Einbürgerung geschah vielmehr erst während des siebenjährigen Krieges. Die Sitte, Punsch zu brauen, tauchte nämlich plötzlich in Königsberg l. Pr., in Stettin und Berlin auf, und vor allen hand sie in Danzig schnellsten Boden. Dort nahm sich ein Kaufmann sofort des neuen Getränkes an, braute es für sich und auch zum Verkauf. Die ersten Groben seines Punsch, die er der fiderbantischen Armee gab, fielen über Erwarten gut aus. In großen Mengen wurde sehr bald (allerdings ohne Wissen des Königs) der Punsch in der Armee getrunken. Um die gleiche Zeit kam auch die Sitte, kalten Punsch zu brauen, man sagt, auch sie ist über England nach Deutschland gelangt. Und Danzig wurde im Brauen von kaltem Punsch zunächst führend. Der erwählte Kaufmann braute ihn besonders, während der warmen Sommerzeit und hatte großen Absatz. Wie der Punsch sich gerade als Neujahrstrank einföhren konnte, darüber gibt es keine Aufzeichnungen. Ist wohl auch nicht mehr festzustellen.